

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Weichenstellung für 1978

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1977) : Weichenstellung für 1978, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 12, pp. 590-591

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135136>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Weichenstellung für 1978

Der zu dieser Jahreszeit übliche Prozeß der Weichenstellung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr – und mit manchen Beschlüssen über diese Zeitspanne hinaus – strebt seinem Höhepunkt zu. Prognosen und Erklärungen über angestrebte Ziele, Beschlüsse von Maßnahmen und Aufforderungen zu bestimmten Verhaltensweisen sind die Glieder der Kette. Formeller Abschluß des Prozesses wird der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung sein, der nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Ende Januar vorzulegen ist. Tatsächlich aber fehlen dann noch wichtige Entscheidungen, nämlich in der Lohnpolitik. Erst wenn dort die Würfel gefallen sind, wird die Weichenstellung beendet sein.

In diesem Jahr spielt sich der geschilderte Prozeß vor einem veränderten Hintergrund ab. Die enttäuschende Entwicklung unserer Wirtschaft im Verlaufe des Jahres 1977 hat ja nicht nur das Vertrauen in die Prognostizierbarkeit wirtschaftlicher Entwicklungen strapaziert, sondern auch das Vertrauen in die landläufige Deutung der Probleme und die daraus abgeleitete Therapie. Gerade hatte der kräftige Expansionsprozeß von 1975/76 jene Skeptiker widerlegt, die überhaupt nicht mehr an die Möglichkeit zügiger Aufwärtsbewegungen im „Nach-Ölschock-Zeitalter“ glauben wollten, da machte die erneute Stagnation Hoffnungen auf eine rasche Wiederkehr der „klassischen“ Selbstverstärkung vorerst zunichte. Auf diese Vorstellung hatten aber fast alle Prognostiker gesetzt, wenn auch durchaus mit der Einschränkung, daß man nicht das Ausmaß an Dynamik erwartete, das für frühere Zyklen kennzeichnend gewesen war.

Gute Gründe gab es zweifellos, auf das Funktionieren der altgewohnten Zusammenhänge zu setzen: „Zumindest bis weit in das Jahr 1976 hinein waren von der konjunkturellen Nachfrageentwicklung her Bedingungen gegeben, die eine Selbstverstärkung der Auftriebskräfte hätten ermöglichen können“, so drückt es der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuen Jahresgutachten (Ziffer 248) aus. Für die danach eingetretene Schwächeneigung der Gesamtnachfrage sind eine ganze Reihe von Ursachen zu nennen. Die Stichworte schwache Weltkonjunktur und damit geringer Ausfuhranstieg, fehlende Impulse von den öffentlichen Haushalten und die Rückwirkungen dieser Einflüsse auf Investitionsneigung, Einkommensbildung und Verbrauch mögen genügen – ein *circulus vitiosus* der Dämpfungsfaktoren. Wichtiger ist jedoch die Frage, weshalb es nicht vorher zu der erhofften Selbstverstärkung via Belebung der Investitionsneigung gekommen ist. Gemessen an den Erfahrungen der ersten Rezession von 1967 waren nämlich mehrere wichtige Voraussetzungen erfüllt, worauf der Sachverständigenrat ebenfalls noch einmal hinweist (Ziffer 246). Kapazitätsauslastung und Reichweite der Auftragsbestände entsprachen Mitte 1976 etwa dem Stand von Mitte 1968; was aber damals zum Anspringen der Investitionskonjunktur reichte, tat es 1976 nicht.

Auf die Frage nach dem „Warum“ sind schon viele Antworten gegeben worden. Sie reichen vom Strukturwandel über die Gewinnkompression und die energiepolitischen Sorgen bis zu den veränderten gesellschaftspolitischen Perspektiven.

Offen bleibt aber immer, weiches Gewicht die einzelnen Faktoren haben. Hier wird nun seit einiger Zeit verstärkt die Rolle der Arbeitskosten und damit der Lohnpolitik betont. Kein Gutachten der jüngsten Zeit – ob von den Wirtschaftsforschungsinstituten, vom Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium oder vom Sachverständigenrat, um nur besonders wichtige zu nennen – versäumt es, auf die Zusammenhänge zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung hinzuweisen. Und zwar nicht nur in der Form der Wirkungskette „Kosten – Erträge – Investitionen – Beschäftigung“, sondern auch mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Relation von Arbeitskosten zu anderen Kosten für die Höhe der Beschäftigung bei einem gegebenen Sozialprodukt.

Es ist in der Tat wichtig, daß diese Zusammenhänge einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt werden. Der Sachverständigenrat freilich hat das teilweise mit Ableitungen und Folgerungen getan, die bisher als ausgesprochen extrem galten. Er verwirft nicht nur die von den Gewerkschaften vertretene Kaufkrafttheorie des Lohnes – zu Recht – als völlig einseitig, sondern sogar die „Optimum-These“, derzufolge Lohnpolitik sowohl den Nachfrage- als auch den Kosten/Ertrags-Gesichtspunkt berücksichtigen sollte. Zur Begründung seiner Auffassung meint der Rat, ein Weniger an Nominallohnanstieg werde nicht ein Weniger an realer Kaufkraft der Konsumenten bedeuten, dafür Sorge ein geringerer Preisanstieg. Er unterstellt dabei jedoch schon auf kurze Sicht einen so engen Zusammenhang zwischen Lohn- und Preisentwicklung, daß sich die Frage nach der Realitätsnähe seiner Annahmen und damit natürlich auch seiner Folgerungen aufdrängt. Bei der konkreten Empfehlung für die Lohnrunde 1978 siegten dann aber doch die Bedenken, daß „Trägheiten und Mängel des Wettbewerbes“ den Anpassungsprozeß der Preis- an die Lohnentwicklung verzögern könnten (Ziffer 394). So votiert denn schließlich auch der Sachverständigenrat nicht für eine Lohnpause.

In der gegenwärtigen Diskussion geht es angesichts des Stellenwertes, den die Arbeitskosten in der Diagnose der fundamentalen Probleme unserer Wirtschaft bekommen haben, nicht etwa nur um die Lohnpolitik für 1978, sondern um eine neue Linie für die Zukunft. Die nächste Lohnrunde hat allerdings besondere Bedeutung als „Einstieg“ in den neuen Kurs. Dieser Einstieg wird insofern erleichtert, als die Rahmenbedingungen für das nächste Jahr relativ niedrige Tarifabschlüsse nicht als „riskant“ für die Arbeitnehmer erscheinen lassen. In der Finanzpolitik ist zwar ein ausgeprägt expansiver Kurs eingeschlagen worden, um die Nachfrage wieder anzukurbeln. Steuerentlastungen von 12 Mrd. DM – nach Abzug der Mehrwertsteueranhebung –, und Mehrausgaben des Staates werden der Volkswirtschaft einen beträchtlichen neuen Anstoß geben. Unsicherheit über die Tendenzen im nächsten Jahr besteht aber in dem Bereich, den unsere Wirtschaftspolitik so gut wie nicht beeinflussen kann, nämlich bei den weltwirtschaftlichen Bedingungen. Währungsturbulenzen und Hang zum Handelsprotektionismus in einer zunehmenden Zahl von Ländern haben gerade in jüngster Zeit noch zusätzliche Fragezeichen gesetzt. Überraschungen für die deutsche Wirtschaft könnten am ehesten von der „außenwirtschaftlichen Flanke“ kommen, und dann sicher keine positiven. Doch auch wenn sich die Annahmen bestätigen, die von einer mäßigen Expansion des Welthandels ausgehen, bedeutet das einen limitierenden Faktor für die deutsche Konjunktur, der hohe Erwartungen für 1978 ausschließt. Die „Gefahr“, von einem unerwartet starken Konjunkturanstieg überrascht zu werden, ist denkbar gering.

Über die geldpolitischen Absichten ist eine Erklärung der Bundesbank ähnlich wie in den letzten Jahren zu erwarten. Sie hatte jeweils angekündigt, um welchen Prozentsatz die Zentralbankgeldmenge im nächsten Jahr zunehmen soll. Die tatsächliche Ausweitung der Geldmenge war allerdings bisher noch in jedem Jahr größer als die Zielvorgabe, so auch in diesem. Dadurch sind Finanzierungsreserven entstanden, die allein schon Anlaß zu einer etwas niedrigeren Fixierung der Zielrate als im Vorjahr sein dürften. Doch für einen Kurswechsel, d. h. für eine veränderte Intention der Geldpolitik, gibt es keinen Grund. Der geldpolitische Kurs war und ist wachstums- und stabilitätsgerecht zugleich. Er ist mit der Erwartung einer eher noch sinkenden Inflationsrate vereinbar. Auch dies ist ein wichtiges Datum für die Entscheidungen der Tarifparteien.